

II— 1092 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XII. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR UNTERRICHT UND KUNST**

Zl. 010.033 - Parl./71

477 /A.B.  
zu 542 /J.Präs. am 15. April 1971  
Wien, den 13. April 1971An die  
Kanzlei des Präsidenten des NationalratesParlament  
1010 W i e n

Die schriftliche parlamentarische Anfrage

Nr. 542/J-NR/71, die die Abgeordneten Dr. Hubinek und Genossen am 17. März 1971 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Ad 1.) Es entspricht nicht den Tatsachen, dass der Erlass des Bundesministeriums für Unterricht vom 17. 12. 1964, Zl. 129.139-VI/3a/64, durch eine Verfügung des Bundeskanzleramtes aufgehoben wurde.

Vielmehr hat das Bundeskanzleramt in einer Einsichtsbemerkung vom 25. Mai 1970, Zl. 37.323-4S/1968 (zu Zl. des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst 79.777-V/3c/68), festgestellt, dass es sich bei Abschlusslehrfahrten für die begleitenden Lehrer um Dienstreisen handle, wobei Reiserechnungen nach den Bestimmungen der Reisegebührenvorschrift 1955 zu legen sind.

Daraus ergibt sich, dass für Abschlusslehrfahrten mit Schülern berufsbildender mittlerer und höherer Schulen keine Pauschalvergütungen (Reisekostenzuschüsse) an die begleitenden Lehrer ausbezahlen, sondern Reisegebühren nach der Reisegebührenvorschrift zu bezahlen sind.

Auf Grund der Rechtslage konnte und wollte sich das Bundesministerium für Unterricht und Kunst dieser Argumentation

./.

nicht verschliessen und hat daher, da für die gegenüber den Vorjahren aus diesem Grunde erheblich erhöhten Beträge für Reisekosten derzeit keine Bedeckung gegeben ist, den Landes- schulräten und den Direktionen der technischen und gewerblichen Zentrallehranstalten bekanntgegeben, dass bis auf weiteres Abschlusslehrfahrten mit Schülern der letzten Lehrgänge bzw. Klassen der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen unter Verwendung von Unterrichtszeit und somit als schulische Veranstaltungen vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst nicht genehmigt werden können.

Ad 2.) Aus der Beantwortung von Punkt 1 der Anfrage ergibt sich, dass durch diese Massnahme des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst die Ministerverantwortlichkeit in keiner Weise tangiert wird.

Ad 3.) In der gegenständlichen Angelegenheit geführte Gespräche mit Vertretern des Zentrallausschusses der Bundeslehrer an berufsbildenden Schulen und Berufspädagogischen Lehranstalten sowie Berufspädagogischen Instituten, in denen Einvernehmen darüber erzielt wurde, dass die Durchführung von Abschlusslehrfahrten bei gewissen Schultypen zur Abrundung der Ausbildung beitragen kann, haben zu einer Regelung in der Art geführt, dass für das Schuljahr 1970/71 (unter teilweiser Abänderung des Erlasses des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst vom 23. Februar 1971, Zl. 200.801-II/5/71) die Durchführung von Abschlussexkursionen für jene fünften Jahrgänge der Höheren technischen Bundeslehranstalten grundsätzlich genehmigt wurde, für die die Voraussetzungen des seinerzeitigen Erlasses des Bundesministeriums für Unterricht über Abschlusslehrfahrten vom 17. 12. 1964, Zl. 129.139-VI/3a/64, gegeben sind, wobei für die begleitenden Lehrer Dienstreiseanträge im Sinne der Reisegebührenvorschrift 1955 zu stellen sind.

